

Stellungnahme Geburt e.V. zum Bericht „Versorgung von Schwangeren und Neugeborenen in Schleswig–Holstein“ der Landesregierung (Drucksache 18/3338)

Geburt e.V. kritisiert die wiederholte Unterstellung, kleine Geburtshilfestationen hätten eine schlechtere Qualität als große. Die Suggestion des Berichtes, eine zentralisierte Versorgung sei qualitativ besser als eine kleinteilige wohnortnahe Versorgung, wird von aktuellen Studien klar widerlegt. Die Empfehlungen, die geburtshilfliche Versorgung durch den Rettungsdienst sowie durch Boarding weiter auszubauen, missachten die schlechten Erfahrungen mit diesen Konzepten in den letzten Monaten. Dem Bericht fehlt zudem eine Analyse von Wirksamkeit und Sozial- und Familienverträglichkeit der Rettungskonzepte für die geburtshilflich unterversorgten Gebiete.

Besondere Sorge bereitet uns die hohe Zahl von Interventionen unter der Geburt. Der Bericht führt eine Statistik zu primären und sekundären Kaiserschnitten an. Während die hohe primäre Kaiserschnitttrate belegärztlich geführter Abteilungen aus dem Vertrauensverhältnis der werdenden Eltern diesen Ärzten gegenüber resultiert und somit einer freien Wahl des Geburtsortes entspricht, ist der sekundäre Kaiserschnitt häufig Folge einer sehr kritisch zu sehenden Interventionskaskade. Überfüllte Kreißsäle, ökonomische Zwänge und eine unzureichende Betreuung durch Hebammen können die Ursachen sein. Die Zentren, insbesondere Level-1-Versorgungen, verzeichnen eine sehr hohe Zahl von Interventionen unter der Geburt, wohingegen belegärztlich geführte Häuser diesbezüglich am besten abschneiden. Dies ist ein gewichtiges Argument gerade solche Kliniken zu erhalten, denn eine geringe Interventionsrate ist ein wichtiges Qualitätsmerkmal. Die negativen gesundheitlichen Auswirkungen der Interventionen auf Mutter und Kind sind durch Studien belegt und müssen in der gesellschaftlichen und politischen Diskussion Berücksichtigung finden.

Dem Bericht fehlt eine Aufstellung der Kaiserschnitttrate von Frauen aus den Boardinghäusern.

Geburt e.V. begrüßt, dass die große Anzahl der Perinatalzentren in unserem Land auf den Prüfstand gestellt werden soll. Eine Senkung auf vier bis fünf Perinatalzentren könnte die Säuglingssterblichkeit in unserem Bundesland verringern: Es hat sich gezeigt, dass dort, wo die Versorgung von Frühgeborenen zentralisiert wurde, die Säuglingssterblichkeitsrate gesenkt werden konnte.

Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, dass Schwangere eine flächendeckende wohnortnahe Versorgung mit Vor- und Nachsorge durch Hebammen und mit Geburtshilfe bekommen. Die wirtschaftliche Optimierung eines physiologischen Vorgangs, der Teil der Sexualität ist, muss unterbunden werden. Würde und körperliche Unversehrtheit sind auch Grundrechte von Schwangeren.